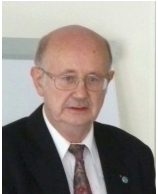




Bericht zum VDFP-Bundesdelegiertentag (**BDT**) vom 03.05. – 06.05.2012, in Berlin.

Der Bezirksvorsitzende des **Bezirksverbandes Berlin, Peter Behrend**, begrüßte die anwesenden Gäste und die Delegierten aus allen Bezirksverbänden mit der Bemerkung, dass Berlin immer eine Reise wert ist. Mit den Worten "Ich habe hier meine Stadt gefunden", wünschte er der Tagung viel Erfolg.



Der **Bundесvorsitzende Franz Roschkowski** dankte Peter Behrend für seine Worte und begrüßte die Gäste, Herrn Bürgermeister Köhne, Herrn Ulrich Bösl von der CGPT, Herrn Hans-Joachim Schmalstich von der DPVKOM, Herrn Norbert Frenzel von der IfKOM, sowie ganz besonders den Referenten des Tages, Herrn MdB Klaus Barthel, zur Eröffnungsveranstaltung. Weiter begrüßte er die Delegierten aus allen Bezirksverbänden mit dem Hinweis, hier beim BDT, ihre Rechte und Pflichten wahrzunehmen. Er wünschte allen Beteiligten einen informativen und spannenden BDT, und erklärte den BDT 2012 für eröffnet.



In seinem Grußwort stellte Herr **Bürgermeister Matthias Köhne**, Pankow, als erstes die Frage, an wen wir denken, wenn wir Pankow hören, natürlich Udo Lindenberg. Er ging kurz auf die Geschichte der Stadt ein und schloss mit den Worten, dass es eine Ehre für seinen Bezirk sei, dass der VDFP seinen BDT hier abhalte.

Referat Herr MdB Klaus Barthel zum Thema Telekommunikation.



Herr Barthel sprach die Beamten der Postnachfolgeunternehmen (**PNU**) an, deren Werdegang er im Bundestag verfolge. Er stellte die Frage, welche Verpflichtung der Bund gegenüber den Beamten der PNU habe, und erklärt: Der Bund ist zur Beschäftigung der Beamten verpflichtet. Herr Barthel weiter: Das Postpersonalrechtsgesetz regelt dies. Trotz Veränderungen in der Eigentümerstruktur bestehen unabhängig davon Verpflichtungen gegenüber den Beamten. Ansonsten gelten die Rechte wie für alle Beamten des Bundes, z.B. bei bundesweiten Versetzungen. Es kann nicht sein, dass es den Beamten schlechter geht als den Tarifkräften. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (**BVVG**) vom Januar 2012 zur Sonderzahlungen ist ein Bezugspunkt für alle anderen Regelungen. Hier tun sich Lücken auf, welche uns in der

Zukunft noch beschäftigen werden. Der Erhalt der grundsätzlichen Rechte der Beamten muss berücksichtigt werden, jedoch sind Sonderregelungen möglich, soweit die Entscheidungen sachgerecht begründet sind. Er zitierte aus dem Urteil, dass mit dem Wegfall der Sonderzahlung das Ziel verfolgt werde, die Wettbewerbsfähigkeit der PNU zu stärken, und dies zulässig sei. Es stelle sich die Frage, ob die Telekom nach dem Telekommunikationsgesetz überhaupt noch eine Breitbandversorgung in der Fläche verfolgen müsse. Die Beschäftigungsbedingungen bei den PNU entwickelten sich immer mehr auseinander.

Laut Bundesrechnungshof werden die Versorgungslasten bei den PNU auf ca. 500 Mrd. € geschätzt, bis der letzte Beamte bei den PNU verstorben sei. Diese Lasten würden auf alle Bürger umgelegt. Die Einnahmen aus dem Börsengang 1995 reichten dazu bei weitem nicht aus.

Alle Argumente der Privatisierungs-Kritiker wurden vom Tisch gewischt. Es war schon immer die Position der SPD, dass die Verpflichtungen bei der Privatisierung ernst genommen werden müssten. Der Staat kann sich nach 10 – 15 Jahren nicht einfach aus seiner Verantwortung stehlen. Ihre Petition zum Dienstrechtneuordnungsgesetz (**DNeuG**) um Cent oder Euros, spielt im Ministerium keine Rolle, denn Verpflichtungen müssen eingehalten werden. Die Liberalisierung und Privatisierung im Post – und Telekom-Sektor sollten zu mehr Wettbewerb und besseren Leistungen führen. Der Gedanke war, schlanker Staat, Private können es besser. Es gab jedoch nur eine Umverteilung der Arbeitsbedingungen, Löhne und Einkommen wurden abgesenkt, die großen Vermögen steigen dafür dramatisch. Anfänglich gab es riesige Wachstumsraten im Bereich der Telekommunikation, bis zum Jahr 2000, 2001, und weiter durch den Internetboom bis etwa 2005. Danach schwächte sich der Markt jedoch immer mehr ab. Heute ist der Gewinn nur noch ¼ dessen von 2005 und verteilt sich auf viel mehr Unternehmen. Der Anteil der Telekom, noch 72% Marktanteil, stagniert, die Investitionen stagnieren, die Zahl der Beschäftigten geht zurück. 2001 waren es noch 240.700 Beschäftigte in der Telekommunikationssparte, 2012 sind es noch 175.200 Beschäftigte, davon ca. 51.900 bei den Wettbewerbern. Viel Geld ist auf internationalen Märkten verbrannt worden. Bisher reagieren weder Politik noch Regulierungsbehörde. Die Margen werden immer mehr gedrückt. Für die Telko-Unternehmen gibt es keinen Anreiz um in Netze zu investieren, da sie diese sofort für Wettbewerber freigeben müssen. Dies führt zur Erlahmung der Investitionen. Auch die Novellierung des Telekommunikations-Gesetzes hat daran nichts geändert. Die Fachleute sprechen und warnen vor einem Investitionsproblem welches den Wohlstand der gesamten Gesellschaft gefährdet. Viele IT-Gipfel wurden einberufen, jedoch ist kein Erfolg zu sehen. Der Ausbau der Netze mit Glasfaser wird auf 50 – 100 Mrd. € geschätzt, derzeit werden jährlich lediglich etwa 3,9 Mrd. € investiert. Die Telekom hat nach der Wiedervereinigung innerhalb von wenigen Jahren mit einer Investition von 45 Mrd. DM das Netz in der früheren DDR komplett ausgebaut. Wir als SPD sagen, es besteht



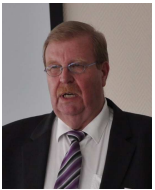
derzeit ein falscher Regulierungsanreiz, nach Artikel 87f muss der Bund eine angemessene Telekommunikationsversorgung liefern. Die Bundesregierung verweigert sich jedoch in den Universalanschluss flächendeckend zu investieren. Nur kleine Breitbandprojekte werden aufgelegt, sporadisch werden Leitungen verlegt. Herr Barthel beendet sein Referat mit der Bemerkung dass dieser Ansatz nicht zukunftstauglich ist.



In seinem **Grußwort** dankte **Herr Ulrich Bösl, CGPT**, dem Verband für die Einladung. Er gratulierte dem Verband, dass es gelungen sei, Herrn MdB Klaus Barthel als Referenten gewonnen zu haben.

Herr Bösl weiter: Man kann sich aufregen, wenn man die Welt der Telekom und Post betrachtet. Es gibt immer noch viele Befürworter der Liberalisierung, aber es wird nicht gerechnet was die Liberalisierung gebracht hat. Es gibt große Probleme in den Kommunen, welche keine flächendeckenden Breitbandanschlüsse erhalten.

Er schloss mit den Worten: Ihr als VDFP gebt Impulse und pflegt die Gemeinschaft.



Sein **Grußwort** begann Herr **Hans-Joachim Schmalstich, DPVKOM**, mit einem herzlichen Willkommen in Berlin, wünscht einen guten Verlauf der Veranstaltung, und überbrachte die Grüße des Bundesvorstandes.

Er sprach die Tarifverhandlungen an, und dass die Besoldungs- und Versorgungsanpassung zeitgleich auf die Beamten übertragen wird. Zum 01.03 2012 gibt es +3,3%, zum 01.01.2013 +1,2%, und zum 01.08.2013 nochmals +1,2% Erhöhung der Besoldung.



Herr **Dipl.-Ing. Norbert Frenzel, IfKOM**, entschuldigt den Bundesvorsitzenden Heinz Leymann, und ging kurz auf den Ursprung der IfKOM ein, welche sich 1999 aus dem Verband der Postingenieure gebildet hatte.

Frenzel weiter: Die Deregulierung, nach 22 Jahren ist ein Desaster. Das Benchmarking des Telekommunikationsgesetzes von 2004 (**TKG**) hat ein Eigenleben entwickelt, welches der Bund nicht im Griff hat. Im Wirtschaftsministerium gibt es keinen Plan für einen Gesamtnetzplan und Gesamtausbau, überall nur Stückwerk. Die Telekom hat bis heute einen Infrastrukturauftrag für einen flächendeckenden Netzausbau bis zu ISDN-Geschwindigkeit. Dies ist jedoch heutzutage bedeutungslos, da überall ein Universalanschluss gefordert wird. Der Breitbandanschluss muss den

Standardanschluss ablösen!

Dazu ein Zitat: "Der Teufel lässt sich eher auf das Weihwasser ein, als die Bundesregierung auf den Universaldienst".

Im Anschluss zum Referat und den Grußworten folgte eine Fragerunde bei der **Herr Barthel** die Politiker in Schutz nimmt, und meint, auch sie könnten nicht alles wissen. Das Parlament arbeitet wie ein Betrieb, und 30 TOPs an einem Tag seien normal. Bei Fragen zum Beamtenrecht wird die Verantwortung zwischen Innenministerium und Finanzministerium hin und her geschoben. Was sagt Wolfgang Schäuble zum Vorruhestand? Man muss mit seinen Äußerungen vorsichtig sein, denn Landtagswahlen stehen an. Ich habe im Beamtenrecht nicht das Fachwissen, kann ihre Fragen jedoch an die Fachausschüsse weiterleiten. Habe die Bitte, dass wir dem BMI und BMF klarmachen müssen, dass Beamte der PNU auch Beamte des Bundes sind. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil nicht die Arbeitszeit angesprochen, sondern bezog sich auf die Wettbewerbsfähigkeit der Telekom, was ursprünglich gar nicht der Auslöser für die Arbeitszeitverkürzung war. Die SPD kann die Forderung zur Verlängerung des Vorruhestandes wegen der Situation am Arbeitsmarkt nicht unterstützen. Der Druck vom Rest der Gesellschaft, auch auf den Gesetzgeber, nimmt immer mehr zu.

Herr Frenzel sprach die bayerische Staatsregierung an, und sagt, dass Landesbeamte in Bayern, welche z.B. nahe München arbeiten, mehr Geld bekommen. In Bayern gibt es große strukturschwache Räume. Hier wurde die Telekom aufgefordert zu den üblichen Fördermitteln eine Breitbandversorgung aufzubauen, wobei 500 – 900 Mio. € investiert worden wären. Die Telekom hat abgelehnt, da sie die Kostenstruktur hätte transparent aufstellen müssen, und, noch bemerkenswerter, kein Personal für solch einen Ausbau habe.

Frenzel weiter: Alle welche Besitzer von Infrastruktur (Kabelnetzen) sind, wollen diese nicht betreiben, sondern gerne abgeben, da sie zu teuer im Unterhalt sind. Wenn es in Deutschland ein Unternehmen gäbe, das die Leistung der ehemaligen Fernmeldeämter erbringen könnte, würde es alle vorhandenen Unternehmen aus dem Rennen schlagen.

Die Vorruhestandslösung sei ein Ventil für das Unternehmen, und wir unterstützten die Verlängerung des Vorruhestandes über den 31.12.2012 hinaus. Die Situation bei der Telekom ist so schlecht, dass sie dieses Mittel weiterführen muss. Die Telekom hat für 2012 entschieden keine Beförderungen auszusprechen, dies ist ein eklatanter Verstoß gegen das Beamtenrecht. Selbst der Abteilungsleiter im BMI, Herr MinDir Dr. Hofmann, Abteilung D, öffentlicher Dienst, hat bemerkenswerte Worte zur Privatisierung gefunden, dass hier Fehler gemacht wurden, und auch deshalb die Privatisierung der Bahn gestoppt wurde!



In seinem Schlusswort bedankt sich **Roschkowski** recht herzlich bei Herrn MdB Klaus Barthel für seinen Vortrag. Er dankt auch Herrn Frenzel für sein engagiertes Grußwort und den Kollegen Schmalstich und Bösl für ihre Grußworte und verabschiedet die Gäste.

Am Folgetag stellt Herr **Detlev Diessner von der Fa. IMC Inline GmbH** sein Unternehmen vor. Das Unternehmen mit Sitz in Potsdam verfolge in ihrem Geschäftsmodell das Ziel, mit nationalen Behörden, Organisationen und Unternehmen zu kooperieren, um deren Personal zu übernehmen. Fragen zur Krankenversicherung, Entlohnung und zum Zuverdienst wurden von Herrn Diessner beantwortet.



Zur **Ehrung langjähriger, verdienter, Mitglieder**, verlas Roschkowski deren Namen, sprach eine kleine Laudatio für jeden, und überreichte ihnen eine Urkunde und ein Präsent. Jürgen Bartels aus dem BZ Bremen, Hans Maier, Werner Hommel und Erich-Erwin Schiller aus dem BZ Nordwürttemberg, Gerhard Dinkel aus dem BZ Nordbaden, und Albert Buchheit aus dem BZ Saarland.

von links nach rechts:

Hans Maier, Roschkowski, Werner Hommel, Roschkowski, Jürgen Bartels

Für die **Totenehrung** bat Roschkowski die Delegierten sich zu Ehren der Verstorbenen von den Plätzen zu erheben. Er benannte aus allen Bezirksverbänden stellvertretend jeweils namentlich einen Kollegen, der seit dem letzten BDT verstorben ist, und bedankte sich im Anschluss für die Ehrerbietung.



„Blick ins Plenum“

Es folgt der **Bericht des Bundesvorstandes Franz Roschkowski:**

Er begann mit den Worten, dass es ihm eine große Freude sei, den Anwesenden als Bundesvorsitzender des VDFP den Geschäftsbericht für die Jahre 2010 bis 2012 präsentieren zu dürfen. Weiter: Aus diesem Anlass möchte ich eine persönliche Aussage voranstellen: Der VDFP lebt, und ist eine starke Interessenvertretung, und ich bin sehr stolz darauf.

Entscheidend sei, dass wir heute die Weichen stellen müssten, um unsere Chancen in Zukunft auch zu nutzen. Dieser ambitionierte Kurs setze voraus, dass wir unsere Mitglieder noch sorgfältiger betreuen und dafür sorgen, dass sie genau verstehen, an welchen Werten sich unser Verband orientiere.

Er bedanke sich im Namen des Vorstands für das Vertrauen, das ihm in den letzten 2 Jahren entgegen gebracht wurde und er würde sich sehr freuen, wenn alle auch zukünftig das Engagement für den VDFP unterstützen würden.

Roschkowski sprach die zentrale Mitgliederdatei an, welche immer wichtiger würde, da immer mehr Bezirksverbände die Aufgabe der Mitgliederverwaltung an den Bundesvorstand (BuVo) abgäben. Weiter sprach er die beiden noch laufenden Petitionen an. Zum 1. zum Dienstrechtneuordnungsgesetz vom Feb. 2009, mit Pensionseinbußen durch Umstellung auf das Neue Besoldungssystem, und zum 2. die Petition zur Beamtenversorgung, wegen zusätzlichem Rentenanspruch bis zur Vollendung des 17. Lebensjahrs.

Zur bestehenden Satzung, vom 14.08.1997, sagte er, dass diese wegen Gesetzesänderung überarbeitet werden müsse. Dazu dienten auch die schon zum Bundesdelegiertentag 2010 eingereichten Anträge. Das Thema Satzung habe den BuVo über die beiden letzten Jahre viel beschäftigt.



Bundесvorstand

Die Geschäftsstelle in FFM wurde im Juni 2010 aufgelöst, alle Unterlagen eingescannt und mehrfach gesichert. Als Papierdokumente existierten nur noch die Kassenbelege und Kassenbücher der letzten 10 Jahre.

In seinem Kassenbericht erklärte **Kassierer Klaus Wild**, dass sich die Kassenlage, nicht nur durch Auflösung der Geschäftsstelle in FFM, wesentlich verbessert habe. Er stellte die einzelnen Kassenberichte vor, und beantwortet Zwischenfragen zu den Zahlen direkt.

Nach dem Kassenbericht bemerkten die **Kassenprüfer** zu den durchgeführten Kassenprüfungen, dass es keine Beanstandungen der Kassen und Kassenbücher gab. Die beiden Kassenprüfer dankten Klaus Wild und Reinhard Braun für die gute Kassenführung, und baten um Entlastung des Kassierers.

Im Anschluss berichtete Klaus Stiller zum Stand der Anträge vom BDT 2010. Alle Anträge seien abgearbeitet, Anträge zur Satzungsänderung würden auf diesem BDT erledigt.

Nach der Aussprache zum Geschäftsbericht beantragt Armin Kattelman die **Entlastung des Bundesvorstandes**, welche dann auch mit großer Mehrheit erfolgt.

Bei der **Neuwahl des Bundesvorstandes** stellten sich alle bisherigen Mitglieder zur Wiederwahl. Armin Kattelman wurde bei den Beisitzern für Heinrich Eichhorn in das Gremium gewählt. Als Kassenprüfer konnten Andreas Degelow und Roland Kaiser gewonnen werden.



Der neue Bundesvorstand von links nach rechts:

Klaus Wild (Kassierer), Wilhelm Nieme, Klaus Stiller, Claus Haßfurther, Franz Roschkowski (1.Vorsitzender), Karl Schäffer, Rainer Hofmann (Schriftführer), Armin Kattelman, Hans Kraft, Klaus Sprywald, Reinhard Braun, Werner Kraus. Es fehlt: Winfried Thiel.

Die **Antragskommission**, bestehen aus Werner Hommel, Armin Kattelman und Karl Schäffer schlug vor als Erstes über den Antrag zur Änderung der Satzung abzustimmen.

Die Änderung der Satzung, und der Anhang zur Satzung, wurden durchgesprochen, und dann mit großer Mehrheit genehmigt.

Weitere Anträge, zur Verlängerung der Vorruhestands über 2012 hinaus, und die Veröffentlichung von Jubiläumsmitgliedschaften in den VDFP-Nachrichten, wurden angenommen.

Unter Verschiedenes berichtet R. Hofmann, dass er eine Broschüre für den Trauerfall erstellt habe, die jedes Mitglied bei ihm kostenfrei abrufen könne. Die Broschüre, als lose Blattsammlung gestaltet, enthält wichtige Informationen und Checklisten, welche im Notfall entscheidende Hilfe leisten könnten.

In seinem **Schlusswort** sprach der wiedergewählte Bundesvorsitzende Roschkowski davon, dass er zwar das Schlusswort halten dürfe, der Verband aber noch lange nicht am Ende sei, und sich der neu gewählte Bundesvorstand mit voller Hingabe den Aufgaben widmen werde. Weiter: Probleme müssen dem Bundesvorstand gemeldet werden, und er forderte die Bezirksverbände auf, kümmert Euch darum. Er dankt dem scheidenden Beisitzer Heinrich Eichhorn für seine zweijährige Mitarbeit im Bundesvorstand, und überreicht ihm ein Präsent. Weiter dankte er den Organisatoren des BDT sowie dem Tagungsleiter P. Behrend, und erklärt anschließend den Bundesdelegiertentag 2012 für beendet.